

II - 2086 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1136 IJ

1987 -10- 29

A N F R A G E

der Abgeordneten MOTTER, MAG. PRAXMARER, HAUPT
an die Frau Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend Familienberatungsstellen

In der Anfragebeantwortung 572/AB zu 536/J vom 5. August 1987 führte die Frau Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie aus, daß es derzeit in Österreich 191 Familienberatungsstellen gebe, für deren Förderung im Jahr 1987 29,5 Mio S veranschlagt sind. Der Entwurf zur Novellierung des Familienlastenausgleichsgesetzes sieht vor, daß ab 1988 die finanziellen Zuwendungen vom Familienlastenausgleichsfonds zu tragen sein werden, obwohl dies grundsätzlich nicht zu dessen Aufgaben - eine Umverteilung zugunsten der Familien mit Kindern zu schaffen - gehört. In den erläuternden Bemerkungen dazu wird ausgeführt, daß dies den Fonds mit ca. 40 Mio S belasten werde. Darüber hinaus wird in der oben genannten Anfragebeantwortung ausgeführt, daß in bezug auf qualitative Verbesserungen der Beratungstätigkeit weitere eingehende Diskussionen mit den Rechtsträgern der Familienberatungsstellen durchgeführt wurden und die Frau Bundesminister eine Änderung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen anstrebe, die auf das Ergebnis dieser Diskussion Rücksicht nehmen wird.

Die unterfertigten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an die Frau Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie die

A n f r a g e :

1. Wie hoch ist die Förderung der einzelnen Familienberatungsstellen im Jahr 1987?
2. Wie hoch belief sich diese im Jahr 1988?
3. Welche Gründe liegen vor anzunehmen, daß für die Familienberatungsstellen im Jahr 1988 40 Mio S notwendig sein werden?

- 2 -

4. Wie erfolgt die Kontrolle in Hinblick auf die durch die Familienberatungsstellen verwendeten und vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel?
5. Wie begründen Sie die zusätzliche Belastung des Familienlastenausgleichsfonds mit der Förderung der Familienberatungsstellen, obwohl dies nicht mit der Aufgabe des Fonds nach § 1 Familienlastenausgleichsgesetz in Einklang steht?
6. Welche in der oben genannten Anfragebeantwortung angedeuteten Änderungen in bezug auf eine qualitative Verbesserung der Familienberatungsstellen streben Sie konkret an?